

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Birgit Müller	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Klara Geywitz	SPD	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Konstituierenden Sitzung des Ausschusses für Finanzen
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Wahl der/des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden
- 4 Informationen zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam
Oberbürgermeister, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 5.1 Jahresabschluss der Landeshauptstadt Potsdam zum 31. Dezember 2011 und
Entlastung des Oberbürgermeisters
Vorlage: 14/SVV/0642
Oberbürgermeister, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen
- 5.2 Abrechnungsbericht zum Haushaltssicherungskonzept 2011
Vorlage: 14/SVV/0653
Oberbürgermeister, Strategische Steuerung
- 5.3 Umsetzung des Schul- und Kita-Sanierungsprogramms bis 2019
Vorlage: 14/SVV/0632
Fraktion DIE LINKE, Werksausschuss KIS
- 5.4 Mobilitätsticket Potsdam
Vorlage: 14/SVV/0633
Fraktion DIE LINKE
- 5.5 Berücksichtigung von Sozialspekten bei Grundstücksvergabe
Vorlage: 14/SVV/0634
Fraktion DIE LINKE
- 5.6 Familientarife bei den Stadtwerken
Vorlage: 14/SVV/0657
Fraktion SPD
- 6 sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Konstituierenden Sitzung des Ausschusses für Finanzen

Herr Heuer begrüßt die Ausschussmitglieder, Vertreter der Verwaltung und Gäste zur konstituierenden Sitzung des Ausschusses für Finanzen.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Heuer stellt die Beschlussfähigkeit sowie die ordnungsgemäße Ladung fest. Zu Beginn der Sitzung sind 6 von 7 Ausschussmitgliedern anwesend.

Herr Heuer möchte die Tagesordnungspunkte 5.1 und 5.2 zusammen aufrufen. Die Tagesordnungspunkte 5.4 und 5.5 wurden in vorangegangenen Ausschüssen auf Grund von Nacharbeiten zurückgestellt. Wenn die Fraktion DIE LINKE zustimmt, können diese auch im Ausschuss für Finanzen zurückgestellt werden.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

zu 3 Wahl der/des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden

Zur Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Finanzen werden Herr Heinzl, Horst und Herr Kaminski, Klaus-Peter vorgeschlagen.

Dem Antrag von Herrn Heuer auf Abweichen von der geheimen Wahl wird einstimmig zugestimmt.

Beide zur Wahl stehenden Kandidaten erhalten in der Abstimmung jeweils 3 Stimmen.

Daraus ergibt sich, dass kein Kandidat mehr als die Hälfte der Stimmen auf sich vereinigen kann.

Herr Heuer stellt den Geschäftsordnungsantrag, den Tagesordnungspunkt zurückstellen.

Dieser wird mit 5 JA-Stimmen und 1 NEIN-Stimme angenommen.

zu 4 Informationen zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam

Oberbürgermeister, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen

Herr Exner stellt anhand einer Präsentation den aktuellen Stand zum Haushalt dar.

Herr Kaminski bittet, das Schreiben vom Ministerium zu den Kreditentscheidungen an das Protokoll zu hängen.

Herr Exner berichtet, dass es hierzu kein Schreiben gibt und diese Information nur aus Gesprächen bekannt sei.

Herr Heinzel fragt nach den Auswirkungen der Jahresabschlüsse 2012 und 2013 auf das Haushaltsjahr 2014.

Herr Exner berichtet über einen voraussichtlichen Stand in Höhe von - 12,1 Mio. EUR als Jahresfehlbedarf, welchen man zum Teil aus Rücklagen decken kann. Dies sei aber nur Buchgeld und beruht auf bessere Abschlüsse der Vergangenheit. Das voraussichtliche Ergebnis belaufe sich somit auf einen Fehlbetrag in Höhe von ca. 8 Mio. EUR.

Frau Schulze fragt nach der Einbringung des Haushaltes für 2015.

Herr Exner berichtet, dass es wieder einen Doppelhaushalt geben wird. Dieser Doppelhaushalt für die Jahre 2015 und 2016 werde im Dezember der Stadtverordnetenversammlung vorgestellt. Hier laufen noch die Anstrengungen, den Stadtverordneten eine „Schwarze Null“ zu präsentieren.

zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 5.1 Jahresabschluss der Landeshauptstadt Potsdam zum 31. Dezember 2011 und Entlastung des Oberbürgermeisters

Vorlage: 14/SVV/0642

Oberbürgermeister, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen

Herr Exner stellt den Jahresabschlussvor anhand einer Präsentation vor.

Herr Hücker fragt, warum der Abschreibungszeitraum bei einigen Anlageobjekten verlängert wurde.

Frau Gruß (Fachbereich 11 – Finanzen und Berichtswesen) erläutert die pauschale Auflösung. Diese sei zur Erleichterung vom Land mit 20 Jahren vorgegeben. Da nun, auf Grund von neuen Erkenntnissen, eine genauere Zuordnung der einzelnen Anlageobjekte möglich ist, wurde die pauschale Nutzungsdauer auf 30 Jahre festgelegt, was die Vermögensentwicklung der Landeshauptstadt Potsdam realistischer darstellt.

Herr Erdmann (Bereich 907 – Rechnungsprüfungsamt) erläutert weiter, dass Vermögenswerte auf Grund einer vom Land vorgegebenen Abschreibungstabelle bilanziert werden. Bei Gebäuden entspreche das in der Regel 80 Jahre. Die Sonderposten wurden bis dato pauschal mit 20 Jahren abgeschrieben. Dadurch werden zu hohe Erträge aus Sonderpostenabschreibungen regeneriert, welche nicht im Verhältnis zu den Aufwendungen aus Anlagevermögensabschreibungen stehen. Nach einer Analyse des Anlagevermögens und einer genaueren Zuordnung der Sonderposten zu den einzelnen Anlagevermögensgegenständen konnte ein genauerer Mittelwert von 30 Jahren ermittelt werden.

Herr Hintze fragt nach der Qualifizierung der Produkte und wo er diese finde. Zudem wünscht er eine Grundlagenschulung, um die Zusammenhänge im Ausschuss für Finanzen besser verstehen zu können.

Herr Exner berichtet über die jährliche steigende Qualität der Produktbeschreibungen.

Herr Langner (Wirtschaftsprüfer) berichtet über die im Anhang befindliche Plan-IST-Analyse.

Herr Hintze findet, dass eine Vielzahl noch nicht qualifiziert sind sowie die Sinnhaftigkeit der Investitionen nicht dargestellt wird.

Herr Schüler informiert über alte Debatten zu diesem Thema und dass Messkennzahlen in Planung und Teil der Haushaltsplanung sind. Hier bilden sich die „Folgefehler“ ab, da die Tiefe bereits in der Planung vorgegeben werden muss.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den vom Oberbürgermeister festgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011 in der vorliegenden Fassung (Anlage 1). Der Jahresabschluss weist in der Ergebnisrechnung einen Gesamtüberschuss von € 2.741.988,95 sowie in der Finanzrechnung einen Saldo aus Ein- und Auszahlungen an eigenen Zahlungsmitteln von € -1.000.886,96 sowie einen Saldo aus Ein- und Auszahlungen an fremden Zahlungsmitteln von € 1.825.406,55 aus.
2. Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt darüber hinaus alle im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten bekannt gewordenen unabweisbaren über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Haushaltsjahres 2011 (Anlage 2). Die Unabweisbarkeit wurde durch das Rechnungsprüfungsamt im Rahmen der Jahresabschlussprüfung bestätigt.
3. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2011 (Anlage 3) zur Kenntnis.
4. Dem Oberbürgermeister wird, entsprechend der Empfehlung des Rechnungsprüfungsamtes, nach § 82 Absatz 4 BbgKVerf uneingeschränkte Entlastung für das Haushaltsjahr 2011 erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	3

zu 5.2 Abrechnungsbericht zum Haushaltssicherungskonzept 2011

Vorlage: 14/SVV/0653

Oberbürgermeister, Strategische Steuerung

Das Haushaltssicherungskonzept wird zur Kenntnis genommen.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Abrechnungsbericht zum Haushaltssicherungskonzept 2011 (Anlage)

zu 5.3 **Umsetzung des Schul- und Kita-Sanierungsprogramms bis 2019**

Vorlage: 14/SVV/0632

Fraktion DIE LINKE, Werksausschuss KIS

Herr Kaminski bringt den Beschluss ein.

Herr Richter berichtet über das Investitionspaket in Höhe von 55 Mio. EUR, welches auf dem Beschluss aus 2008 beruht. Wertmäßig wurde nicht nur saniert, sondern es wurden auch Erweiterungen vorgenommen.

Auf der Wertbasis von heute besteht zurzeit ein Sanierungsstau in Höhe von ca. 78 Mio. EUR. Eine Umsetzung ist Frage der Refinanzierung, da die beantragten Kredite immer kritischer von der Kommunalaufsicht betrachtet werden. Alles muss unabweisbar und pflichtig sein. Dies in der Jugendsparte immer zu begründen, sei teilweise sehr schwierig.

Das Ziel des Antrages sei wichtig, aber ohne eine mögliche Refinanzierung nicht möglich.

Herr Exner erinnert an das bereits angeschobene Investitionspaket in Höhe von 160 Mio. EUR, welches über einen Kredit finanziert wird. Dies stellt eine jährliche Belastung in Höhe von 16,4 Mio. EUR dar. Der KIS könne nicht noch mehr Kredite aufnehmen, zudem seien auch andere wichtige Sparten zu bedienen.

Frau Schulze fragt nach den Kitas und Schulen, welche nicht im KIS-Wirtschaftsplan vorgesehen sind, ob die dann hinten runter fallen.

Herr Richter berichtet, dass sich hierfür 80 Mio. EUR im Antragsverfahren befinden.

Frau Schulze fragt nach einem Ende der Sanierung.

Herr Richter informiert nur über die bereits beschlossenen und genehmigten Vorhaben, von denen 3 Mio. EUR jährlich in die Kitafinanzierung fließen und dass alle Schulsanierungen bis 2020/21 geplant sind.

Herr Baron von den Osten genannt Sacken verweist auf die Diskussion im Frühjahr. Den Beschluss aus 2008 hervorzuholen, bedeute neue Grundsatzdiskussionen.

Herr Schüler vergleicht den Antrag mit einer Absichtserklärung. Es gab schon einmal einen Antrag mit zu hoch gesteckten Zielen. Dieser Beschluss wurde nicht geprüft und hat keine Basis.

Herr Kaminski bezeichnet diese Diskussion als zielführend. Hohe Summen müssten jederzeit in die Infrastruktur investiert werden. Man müsse darüber reden, um Lösungen zu finden, sonst kann irgendwann eine Mauer um Potsdam gezogen werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das bisher umgesetzte Schul- und Kita-Sanierungsprogramm so weiterzuentwickeln, dass alle Schulen, Kitas, Jugendeinrichtungen und Sportstätten der Stadt Potsdam bis zum Ende der Wahlperiode 2019 saniert sind.

Grundlage des Sanierungsprogramms sind der Schulentwicklungsplan 2014-

2020 (Beschluss der SVV vom 02.04.2014), der Jugendhilfeplan 2014-2018 (Beschluss der SVV vom 05.03.2014) sowie der von der Verwaltung vorgelegte aktuelle Sportentwicklungsplan.

Das fortgeschriebene Sanierungsprogramm ist im Zusammenhang mit dem Haushaltsentwurf für 2015/16 der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im Oktober 2014 ein Zwischenbericht zum Stand der Erarbeitung zu geben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	5
Stimmenthaltung:	0

zu 5.4 Mobilitätsticket Potsdam

Vorlage: 14/SVV/0633

Fraktion DIE LINKE

Tagesordnungspunkt wurde zurückgestellt.

zu 5.5 Berücksichtigung von Sozialspekten bei Grundstücksvergabe

Vorlage: 14/SVV/0634

Fraktion DIE LINKE

Tagesordnungspunkt wurde zurückgestellt.

zu 5.6 Familientarife bei den Stadtwerken

Vorlage: 14/SVV/0657

Fraktion SPD

Herr Heuer stellt den Antrag vor.

Frau Hartmann benötigt mehr Informationen zum Ziel des Antrages, so dass hier Modelle entwickelt werden können. Diese müssten aber mit Bundes- und Landesgesetzen sowie dem Gesellschaftervertrag abgeglichen werden. Das braucht etwas mehr Zeit und wäre am besten über eine Projektgruppe abzuwickeln.

Herr Hintze fragt nach der finanziellen Belastung.

Frau Hartmann erläutert, dass eine Entlastung an einer Stelle meist eine zusätzliche Belastung an anderer Stelle bedeutet. Hier wäre erst eine Prüfung nötig, um genaueres mitteilen zu können.

Herr Heuer erinnert an Modelle mit Grundgebühr und Verbrauchsgebühr. Es müsse einen Modellcheck geben zur gerechteren Verteilung.

Herr Linke warnt vor verstärkter Bindung Sozialschwacher, da dies meist bedeutet, dass Sozialstarke abspringen, was größere Probleme mit sich bringt.

Herr Heuer stellt den Antrag zurück, um diesen etwas genauer auszuformulieren.

zu 6 **sonstiges**

Am 29.09.2014 findet eine Schulung / Einführung für alle Stadtverordneten und sachkundigen Einwohner statt. Nach dieser Schulung sollen weitere noch gewünschte Inhalte gemeldet werden, so dass dann über eine weitere Schulung beraten werden kann.